

# Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

## Protokoll

### Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Mittwoch, 15.04.2026, 14:30 Uhr
<b>Raum, Ort:</b>	Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig
<b>Beginn:</b>	14:30 Uhr
<b>Ende:</b>	16:27 Uhr

---

#### **Anwesend**

##### **Vorsitz**

Frau Annegret Ihbe - SPD

Frau Gisela Ohnesorge - Die FRAKTION. BS

##### **Mitglieder**

Herr Nils Bader - SPD

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Herr Michel Winckler - SPD

Frau Cristina Antonelli-Ngameni - B90/GRÜNE ab 15:04 Uhr

Herr Helge Böttcher - B90/GRÜNE

Frau Dr. Elke Flake - B90/GRÜNE

Herr Gerrit Stühmeier - CDU

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Vertretung für: Thorsten Wendt

Frau Sabine Bartsch - BIBS/Robert Glogowski

Frau Andrea Hillner - dieBasis

Herr Carsten Lehmann - FDP

Frau Anneke vom Hofe - AfD

Frau Sonja Kleinekathöfer - Bürgermitglied ab 14:35 Uhr

Frau Christine Wolnik - Bürgermitglied

Herr Ekke Peter Seifert - Sprecher der  
Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände

Frau Angelika Fietzke-Hollbach - Vorsitz Seniorenrat  
Vertretung für: Heike von  
Knobelsdorff

##### **Verwaltung**

Herr Martin Klockgether - FBL 50

Frau Susanne Kundolf - RefL 0500

Frau Ulrike Adam - Gleichstellungsbeauftragte

Herr Martin Klockgether - FBL 50  
Frau Susanne Kundolf - RefL 0500  
Frau Ulrike Adam - Gleichstellungsbeauftragte  
Frau Dr. Diane Ruge - FB 50  
Frau Annette Parchem - FB 50  
Herr Andreas Kern - FB 50  
Herr Torsten Haf - Ref. 0500  
Herr Dr. Jan Weber - Ref. 0500  
Herr Michael Künzler - FB 50  
Frau Amelie Bartels - FB 50

**Abwesend**  
**Mitglieder**

Herr Oliver Schatta - CDU	entschuldigt
Herr Thorsten Wendt - CDU	entschuldigt
Herr Michael Baumgart - Bürgermitglied	entschuldigt
Herr Arnim Graßhoff - Bürgermitglied	entschuldigt
Frau Ann-Kristin Hartz - Bürgermitglied	entschuldigt
Frau Heike Otto - Bürgermitglied	entschuldigt
Frau Louise Breslauer - vom Vorstand des Behindertenbeirates bestimmte Vertreterin	entschuldigt
Frau Heike von Knobelsdorff - Vorsitzende Seniorenrat	entschuldigt
Frau Meike Evers - Vertreterin des Jugendparlaments	entschuldigt

# Tagesordnung

## Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.02.2026
3. Mitteilungen
  - 3.1. Situation in der Altenhilfe und der Altenpflege in Braunschweig
  - 3.2. Gesundheit
  - 3.3. Nachbarschaftszentren 26-28761
  - 3.4. Widersprüche und Klagen in Sozialhilfeangelegenheiten im Jahr 2025 26-28577
  - 3.5. Dynamisierung der Zuwendungen ab 2027 26-28549
4. Anträge
  - 4.1. Dem demographischen Wandel entgegentreten – Plätze in der Tagespflege verdoppeln – Anstrengungen zur Anwerbung von Pflegekräfte intensivieren 26-28680
    - 4.1.1. Dem demographischen Wandel entgegentreten – Plätze in der Tagespflege verdoppeln – Anstrengungen zur Anwerbung von Pflegekräfte intensivieren 26-28680-01
5. Anerkennungs- und Zuwendungsrichtlinien für Seniorengruppen
6. Anfragen
  - 6.1. Situation der Pflegekräfte 26-28635
    - 6.1.1. Situation der Pflegekräfte 26-28635-01
  - 6.2. Berechtigte Forderungen der Hebammen weiter im Auge behalten 26-28677
    - 6.2.1. Berechtigte Forderungen der Hebammen weiter im Auge behalten 26-28677-01

# Protokoll

## Öffentlicher Teil

### 1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest. Frau Ihbe kündigt an, dass der fünfte Tagesordnungspunkt entfallen werde.

#### **Abstimmungsergebnis (Geänderte Tagesordnung):**

Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

### 2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 26.02.2026

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

#### **Beschluss:**

Das Protokoll wird genehmigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 2

### 3. Mitteilungen

#### 3.1. Situation in der Altenhilfe und der Altenpflege in Braunschweig

Herr Kern stellt die in der Anlage beigefügte Präsentation zum Thema Ernährungsarmut vor.

Frau Ohnesorge äußert ihre Skepsis gegenüber dem vorgestellten Projekt und führt aus, dass insbesondere der finanzielle Aspekt für sie maßgeblich sei. Im Hinblick auf die Überlegung, ein gesondertes Angebot für ältere Menschen zu schaffen, weist sie darauf hin, dass die Tafel spendenfinanziert und in der Vergangenheit zeitweise an ihre Belastungsgrenzen gestoßen sei. Vor diesem Hintergrund erkundigt sie sich, worin das konkrete Ergebnis des Projekts bestehen solle, inwieweit die Kommune eine Finanzierung sicherstellen könne und ob hierfür beispielsweise auch Transportkosten zu berücksichtigen seien. Darüber hinaus fragt Frau Ohnesorge, ob vergleichbare Projekte in anderen Kommunen bereits bestünden.

Herr Kern bestätigt, dass das Konzept „Obstkäppchen“ bereits in anderen Kommunen umgesetzt werde.

Frau Ohnesorge nimmt auf das Konzept Bezug und erkundigt sich, wie dieses konkret ausgestaltet werden solle, wie eine Finanzierung erfolgen könne und ob im Falle eines tragfähigen Konzepts eine Berücksichtigung im Haushalt vorgesehen sei.

Herr Kern erklärt, dass die bisherigen Ideen für die Finalisierung des Projektziels noch konkretisiert und abgewogen werden müssten. In diesem Zusammenhang sei auch zu besprechen, welche Ressourcen gegenwärtig und künftig benötigt würden beziehungsweise zur Verfügung stünden.

Frau Dr. Flake äußert sich ebenfalls kritisch und führt aus, dass es sich grundsätzlich um positive Ansätze handle, doch ein klares Umsetzungsziel erkennbar sein müsse. Ohne einen konkreten Nutzen bestehe aus ihrer Sicht die Gefahr, dass personelle Ressourcen gebunden würden, ohne dass ein entsprechender Mehrwert erzielt werde. Insbesondere sei fraglich, ob

die eigentlich angesprochene Zielgruppe auf diesem Wege tatsächlich erreicht werde. Vor diesem Hintergrund stelle sie auch die dauerhafte Tragfähigkeit des Projekts in Frage. Für die nächste Ratsperiode erscheine es ihr daher sinnvoll, über ein anderes Vorgehen nachzudenken.

Herr Klockgether führt aus, dass es sich um ein gefördertes Projekt handle, da die kommunalen Ressourcen hierfür nicht ausreichen würden. Zugleich weist er darauf hin, dass nicht jede im Rahmen des Projekts entwickelte Maßnahme zwangsläufig mit Kosten für die Kommune verbunden sei. Aus fachlicher Sicht bestehe durchaus Anlass, sich mit dem Thema näher zu befassen. Das Projekt „Obstkäppchen“ werde in vielen Kommunen privat organisiert und finanziert. Herr Klockgether benennt ferner das grundsätzliche Problem des Zugangs zu entsprechenden Angeboten. Da die Zielgruppen für Hilfsangebote häufig selbst aktiv werden und eigenständig annehmen müssten, würden nicht alle Betroffenen erreicht werden. Deshalb sei zu prüfen, welche tragfähigen Modelle in Betracht kämen und wie diese organisatorisch und finanziell bestmöglich aufgestellt werden könnten. Herr Klockgether erachte es daher als sinnvoll, sich mit dem Thema zu befassen, bevor hierfür konkrete Haushaltsmittel veranschlagt würden.

Frau Mundlos erkundigt sich, ob das Projekt „Obstkäppchen“ in den Kommunen, in denen es bereits umgesetzt werde, an das Alter der Empfänger gebunden sei und dieses das maßgebliche Kriterium darstelle. Darüber hinaus bittet sie um eine Einordnung, welche Kosten für die Stadt entstünden und durch wen das Projekt finanziert werde.

Herr Kern erklärt, dass das Projekt durch Mittel des Bundesgesundheitsministeriums gefördert werde. Mit solchen Projekten solle auch eine Erkenntnis darüber gewonnen werden, in welcher Weise Altersarmut sichtbar werde und welche Personengruppen entsprechende Angebote in Anspruch nehmen würden. Herr Kern benennt die in der Stadt bereits geeigneten Strukturen, etwa in Begegnungsstätten, Nachbarschaftszentren und weiteren Treffpunkten. Wer im weiteren Verlauf die Verantwortung für das Projekt und die Rahmenbedingungen übernehme, sei bislang nicht abschließend geklärt. Auch die konkreten Kriterien sowie die Frage, wie die Zielgruppen erreicht werden könnten, seien derzeit noch offen. Nach dem derzeitigen Stand sei vorgesehen, dass Ehrenamtliche die „Obstkäppchen“ an die Empfänger ausliefern würden.

Herr Klockgether ergänzt, dass die Projektverantwortlichen hilfsbedürftige ältere Menschen als Zielgruppe in den Blick genommen hätten. Dabei seien keine konkreten Einkommens- und Vermögensprüfungen beabsichtigt. Das Projekt ziele aber auf Personen, die von Altersarmut betroffen oder bedroht seien.

Frau Ihbe begrüße es, dass die Verwaltung diese Initiative aufgegriffen habe. Armut habe unterschiedliche Erscheinungsformen, was sich auch im Bereich der Ernährung widerspiegele. Insbesondere bei Familien mit Kindern stelle sich aus ihrer Sicht die Frage, wie das Thema dort zusätzlich aufgegriffen werden könne. Im Hinblick auf bereits vorhandene Strukturen regt sie an, zu prüfen, ob eine Zusammenarbeit mit den Nachbarschaftshilfen möglich sei, wodurch Kontakt zur Zielgruppe des Projekts hergestellt werden könne.

Herr Kern befürwortet den Vorschlag und erklärt, dass die soziale Infrastruktur der Stadt Braunschweig hierbei einen wesentlichen Vorteil darstelle.

Frau Ihbe erkundigt sich nach der vorgesehenen Projektlaufzeit.

Herr Kern erklärt, dass die Laufzeit Anfang des kommenden Jahres enden werde, doch das Projekt im Anschluss weitergeführt werden solle.

### **3.2. Gesundheit**

Frau Dr. Ruge stellt die in der Anlage beigefügte Präsentation zum Thema Pakt ÖGD vor.

Frau Antonelli-Ngameni ist anwesend ab 15:04 Uhr.

Frau Ihbe erkundigt sich, inwieweit die Themen Umweltschutz und Klima die Arbeit des Gesundheitsamts beeinflussen würden.

Frau Dr. Ruge benennt krankheitserregende Organismen, die klimabedingt vom Süden in den Norden gelangen sowie vergiftetes Trinkwasser als Beispiele.

### **3.3. Nachbarschaftszentren**

**26-28761**

Frau Kundolf fasst die vorliegende Mitteilung zusammen.

Frau Dr. Flake befürwortet den Ratsbeschluss [DS-26-28480] zur weiteren Errichtung eines Nachbarschaftszentrums im Jahr 2026. Allerdings wäre keine einmalige, sondern eine dauerhafte Finanzierung nötig gewesen. Als Schlussfolgerung müssten demzufolge zwei Nachbarschaftszentren im Jahr 2027 errichtet werden, was in der kommenden Sozialausschusssitzung zu thematisieren sei. Das derzeitige Quartiersmanagement im Westlichen Ringgebiet solle dort auch in der Art weitergeführt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt würden für die Arbeit des Quartiersmanagements jedoch nur ein Büro und ein kleiner Gruppenraum zur Verfügung stehen.

Frau Ihbe verweist auf Seite zwei der Mitteilung, woraus hervorgehe, dass für das übrige Jahr 2026 genügend Haushaltsmittel zur Förderung eines Nachbarschaftszentrums vorhanden seien.

Frau Dr. Flake betont, dass nach dem benannten Ratsbeschluss 110.000,00 € für ein Jahr für ein Nachbarschaftszentrum nötig wären. Sie rechne nicht damit, dass im aktuellen Jahr noch ein Nachbarschaftszentrum errichtet werde. Aufgrund dessen müssten die Haushaltsmittel in das nächste Jahr übertragen werden.

Frau Jaschinski-Gauß bittet darum, den Nachbarschaftsladen Heidberg nicht aus den Augen zu verlieren, da diesem nur sehr schmale Räumlichkeiten zur Verfügung stünden.

Frau Antonelli-Ngameni wünscht sich, dass Vorlagen zukünftig zu einem früheren Zeitpunkt an die Ausschussmitglieder versendet werden würden.

Herr Klockgether teilt diesen Wunsch und verweist für diese Mitteilung auf verwaltungsinterne Abstimmungserfordernisse.

Herr Haf erklärt, dass im Jahr 2026 ursprünglich die Errichtung eines Nachbarschaftszentrums in der Trägerschaft des Deutschen Roten Kreuzes Am Wasserturm geplant gewesen sei. Eine Errichtung von zwei Nachbarschaftszentren innerhalb eines Jahres sei unrealistisch, weshalb die Verwaltung an der Implementierung eines Nachbarschaftszentrums pro Jahr festhalten werde. Das Quartiersmanagement werde als elementare Zukunftsaufgabe angesehen, doch auch die bereits bestehenden sechs Nachbarschaftszentren seien dezidiert dazu aufgefordert worden, diesen Auftrag wahrzunehmen. Eine inhaltliche Weiterentwicklung des Quartiersmanagements sei nötig, wobei die Stadtverwaltung unterstützend tätig werde. Der Verfügungsfonds des Westlichen Ringgebiets sei in den vergangenen sechs Jahren immer wieder nahezu vollständig ausgeschöpft worden und werde zum Ende des Jahres 2026 endgültig auslaufen.

In Bezug auf Frau Jaschinski-Gauß merkt Herr Haf an, dass mehrere Nachbarschaftszentren

keine großflächigen Räumlichkeiten nutzen könnten, wie es in den Soll-Formulierungen der Leitlinien ursprünglich geplant gewesen sei. Das Problem sei der Verwaltung bekannt.

Frau Antonelli-Ngameni gibt an, dass nur wenige Schnittstellen zwischen den Aufgaben der Nachbarschaftszentren und dem Quartiersmanagement bestehen würden und der Kern der Arbeit eindeutig definiert sein müsse. Auf die Frage, welche Gelder für welchen Zweck zur Verfügung stehen würden, müsse eine klare Antwort gegeben werden können.

Herr Haf erwidert, dass genau genommen zwei Kerne bestehen würden, nämlich zum einen das Organisieren und Durchführen von unterschiedlichen Angeboten im Nachbarschaftszentrum selbst und zum anderen die Stadtteilarbeit. Die ordnungsgemäße Verwendung der jeweiligen Zuwendung werde mithilfe einer Verwendungsnachweisprüfung sowie durch statistische Auswertungen nachgewiesen.

### **3.4. Widersprüche und Klagen in Sozialhilfeangelegenheiten im Jahr 2025** **26-28577**

Herr Klockgether fasst die vorliegende Mitteilung zusammen.

Es liegen keine Wortbeiträge vor.

### **3.5. Dynamisierung der Zuwendungen ab 2027** **26-28549**

Herr Klockgether fasst die vorliegende Mitteilung zusammen.

Herr Seifert bedankt sich für die transparente Berechnungsgrundlage und verweist in dem Zusammenhang auf die gestiegenen Kosten für die Träger, die auch durch die Dynamisierung nicht vollständig abgedeckt würden. Er regt die Politik zur weiteren Beobachtung an, welche finanziellen Notlagen ggf. aufgefangen werden können.

## **4. Anträge**

### **4.1. Dem demographischen Wandel entgegentreten – Plätze in der Tagespflege verdoppeln – Anstrengungen zur Anwerbung von Pflegekräfte intensivieren** **26-28680**

Frau Mundlos bringt den Antrag ein.

#### **Beschluss (geändert):**

Der Antrag 26-28680 wird um eine Gremienschiene zurückgestellt.

#### **Abstimmungsergebnis (zur Zurückstellung):**

Dafür: 8 Dagegen: 2 Enthaltungen: 0

#### **4.1.1. Dem demographischen Wandel entgegentreten – Plätze in der Tagespflege verdoppeln – Anstrengungen zur Anwerbung von Pflegekräfte intensivieren** **26-28680-01**

Herr Klockgether betont zunächst, dass Stellungnahmen der Verwaltung zu Anträgen frühzeitiger zur Sitzung versendet werden könnten, sofern auch Anträge frühzeitiger durch die Politik eingereicht werden würden. Herr Klockgether gibt weiter an, dass auch die Tagespflege ein Marktgeschehen sei. Die Tagespflege sei in Braunschweig jedoch nicht vollständig ausgelastet, was sich auf die hohen Kosten für die Betroffenen und Angehörigen zurückführen lasse. Deshalb bezweifelt er, dass eine Verdopplung der Tagespflegeplätze zu einer entsprechenden Verbesserung der Situation führen würde. In Bezug auf die

Pflegefachkräftegewinnung könne die Verwaltung weder auf die Kosten noch auf die allgemeinen Rahmenbedingungen Einfluss nehmen.

Frau Kundolf ergänzt, dass es Schnittstellen mit der Stabsstelle Wirtschaft gebe, weshalb man als erste Maßnahme den Runden Tisch „Arbeitsmigration“ einberufen habe, wodurch bereits Probleme in den Schnittstellen identifiziert worden seien. Frau Kundolf lobt zudem die Partnerschaft mit dem Fachkräftebündnis und den Pflegeschulen in Braunschweig durch den regelmäßig stattfindenden Runden Tisch „Generalistik“. Dadurch habe man bereits in enger Absprache mit der Ausländerbehörde einen besseren Übergang zwischen der Ausbildung ausländischer Fachkräfte und deren Arbeitsvermittlung erzielen können. Frau Kundolf mahnt jedoch auch, dass eine weitreichende Strategieentwicklung und das Umsetzen weiterer Maßnahmen über die Kapazitäten des Sozialreferats hinausgehen würden.

Frau Ohnesorge äußert ihre Zustimmung zur Stellungnahme der Verwaltung. Dem Antrag könne sie in der vorliegenden Form nicht zustimmen, da sie zwar die im Antrag angesprochene Problematik erkenne, aber gleichzeitig bemängelt, dass die Datenbasis des Antrags bereits veraltet sei. Frau Ohnesorge bezieht sich auf die Stellungnahme der Verwaltung, nach der die Rahmenbedingungen des Bundes eine wichtige Rolle für die Anwerbung ausländischer Pflegekräfte spielen würden. Aufgrund dessen kritisiere sie die CDU, da diese auf Bundesebene die Finanzmittel für Integrations- und Sprachkurse gestrichen hätten und die Kommunen die Kosten nun auffangen müssten. Ihre Frage, ob die Stadt Braunschweig selbst eine Tagespflege betreibe, wurde verneint. Demnach seien private Anbieter für die Akquirierung der benötigten Pflegekräfte zuständig. Aufgrund des Beratungsbedarfs solle der Antrag auf die nächste Ausschusssitzung verschoben werden.

Frau Antonelli-Ngameni fragt nach einem Zwischenbericht über die Arbeit des Runden Tisches „Arbeitsmarkt Integration“.

Frau Kundolf versichert, dass der Sozialausschuss den gewünschten Zwischenbericht erhalten werde.

Frau Dr. Flake schlägt vor, den Antrag zu verschieben, sodass die Fraktionen ggf. einen gemeinsamen Antrag einreichen können. Es würden jedoch Zweifel an der Umsetzbarkeit einer Verdopplung der Tagespflegeplätze sowie dem Anwerben des dafür benötigten Personals bestehen. Zudem würden die Ressourcen des Sozialreferates nicht ausreichen, um die vielen Aufgaben zu bewältigen, was bei der nächsten Haushaltsdebatte zu bedenken sei.

Herr Bader meldet für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf an und bittet darum, den Antrag in die nächste Sitzung zu schieben.

Frau Mundlos sei in Gesprächen mit verschiedenen Einrichtungen gewesen und sehe in der fehlenden Auslastung der Tagespflege ein Marketingproblem. Zu einer Verschiebung des Antrags in die Ratssitzung am 12. Mai 2026 erkläre sie sich bereit.

Frau Dr. Flake empfiehlt dringend eine Diskussion in der kommenden Fachausschusssitzung.

Frau Ihbe schließt sich Frau Dr. Flake an und setzt sich für eine Verschiebung des Antrags in die nächste Sozialausschusssitzung am 2. Juni 2026 und damit in den nächsten Beratungsgang ein.

## **5. Anerkennungs- und Zuwendungsrichtlinien für Seniorengruppen**

Die Vorlage wird zurückgezogen.

## **6. Anfragen**

### **6.1. Situation der Pflegekräfte**

**26-28635**

Frau Ihbe bringt die Anfrage ein und bedankt sich für die differenzierte Stellungnahme.

#### **6.1.1. Situation der Pflegekräfte**

**26-28635-01**

Herr Stühmeier ist abwesend ab 16:15 Uhr.

Frau Kundolf erklärt in Bezug auf die erste Frage, dass die Kommune keinerlei Einfluss auf den Träger sowie dessen Personalentwicklung in einer Tagespflege nehmen könne und die Verwaltung lediglich in einem konstruktiven Austausch mit den Trägern stünde. Zur dritten Frage merkt Frau Kundolf an, dass der Bekanntheitsgrad der Tagespflege ggf. durch Präventive Hausbesuche gesteigert werden könne und diese Idee bei einem ersten Treffen mit Trägern von Einrichtungen der Tagespflege diskutiert worden sei. Viele ältere Menschen hätten zudem eine falsche Vorstellung davon, welche Angebote sich hinter dem Begriff „Tagespflege“ verbergen würden.

Frau Mundlos bezieht sich auf die Aussage, dass sich 216 Personen zur Ausbildung im Klinikum befinden würden. Aus dem zweiten Absatz der Stellungnahme lasse sich jedoch entnehmen, dass der Landespflegebericht 2025 prognostizieren würde, dass das durch Verrentung abgängige Personal bis ca. 2030 durch neu ausgebildeten Pflegenachwuchs ausgeglichen werden könne. Sie bittet die Verwaltung um eine Überprüfung der angegebenen Zahlen, da der Bedarf nach ihrer Rechnung allenfalls zu 50 % gedeckt werden könne.

#### **Protokollnotiz:**

*Bei der zitierten Einschätzung des Landespflegeberichtes handelt es sich um eine prospektive Hochrechnung für ganz Niedersachsen. Der verantwortlich zeichnende Prof. Isford hat unter anderem auf der Landespflegekonferenz 2025 auf die methodischen Schwächen hingewiesen und betont, dass die vorausgesagte relative Stabilität keinesfalls als Entwarnung zu verstehen ist. Auch lassen die Hochrechnungen keine generalisierten Aussagen für einzelne Kommunen zu. Dazu sind die Ausgangslagen zu heterogen. Dem Wunsch nach einer verlässlichen Prognose für die Stadt Braunschweig kann daher aus methodischen Gründen nicht entsprochen werden. Zum einen verfügt die Stadt nicht über die exakten Daten über die in den kommenden Jahren anstehenden Verrentungen bei den Pflegekräften in den hiesigen akut- und langzeitstationären sowie ambulanten Pflegeeinrichtungen und -diensten. Zum anderen lassen sich Einflussfaktoren wie die erwartbare Zu- und Abwanderung von Pflegefachpersonen, beispielsweise in und aus den umliegenden Landkreisen, nicht methodisch kontrollieren. Als urbanes Zentrum mit insgesamt derzeit sieben Pflegeschulen verfügt Braunschweig dennoch über gute Voraussetzungen. Aktuell vorbereitet ist eine mit den Pflegeschulen abgestimmte Befragung zum Verbleib künftiger Absolvent:innen der Pflegeausbildung. Von entscheidender Bedeutung wird es daher sein, die Pflegeschulen bei der Überwindung der aufgezeigten Hürden auf dem Weg zur Ausweitung ihrer Kapazitäten zu unterstützen.*

Herr Seifert weist darauf hin, dass es nicht nur die Tagespflege, sondern auch die spezialisierte Tagespflege gebe und diese ebenfalls mitgedacht werden müsse.

In Bezug auf die zweite Frage erklärt Frau Lenz, dass das Hauptproblem in der unzuverlässigen Kinderbetreuung liege und verlässliche Zeiten gegeben sein müssten.

**6.2. Berechnigte Forderungen der Hebammen weiter im Auge behalten** **26-28677**

**6.2.1. Berechnigte Forderungen der Hebammen weiter im Auge behalten** **26-28677-01**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Herr Stühmeier ist anwesend ab 16:26 Uhr.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 16:27 Uhr.

Ihbe

Klockgether

Bartels